

Bilaterale I nicht gefährden!

Am 27. September 2020 steht die Begrenzungsinitiative zur Abstimmung an. Eine Volksinitiative, die eine neue Regelung der Einwanderung fordert, gleichsam aber die erfolgreichen Bilateralen I ernsthaft in Frage stellt.

Das Schweizer Stimmvolk lehnte den EWR-Vertrag am 6. Dezember 1992 knapp ab. Nach einer breitgefächerten politischen Lageanalyse wurde alsdann der «bilaterale Weg» als strategisches Szenario gewählt, um der Europäischen Union (EU) und dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zukünftig nicht beitreten zu müssen.

Erfolgreiche Bilaterale I

Mehrjährige Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU führten alsdann zum hart erkämpften Ergebnis der Bilateralen I. Ein Vertragswerk, das am 21. Mai 2000 mit 67.2% JA-Stimmen vom Volk angenommen wurde. Die sogenannte «Guillotine-Klausel» war bekannt und wurde akzeptiert. Sie besagt, dass eine Kündigung eines Abkommens alle anderen Abkommen ebenfalls in Frage stellen würde. Diese Klausel ist der Grund, warum die Begrenzungs- oder besser die «Kündigungsinitiative» am 27. September an der Urne abgelehnt werden sollte. Die Initiative will die Zuwanderung neu regeln, gefährdet dabei aber das gesamte Vertragspaket, also alle Abkommen der erfolgreichen Bilateralen I.

Aufträge und Arbeitsplätze sichern

Die sektoriellen Abkommen der Bilateralen I zur Personenfreizügigkeit, zu technischen Handelshemmnissen, zum öffentlichen Beschaffungswesen, zur Landwirtschaft, zum Landverkehr, zum Luftverkehr und zur Forschung sorgten in den letzten 18 Jahren dafür, dass unsere Unternehmen chancengleich am Europäischen Binnenmarkt teilnehmen konnten. Ein diskriminierungsfreier Zugang zum Europäischen Markt ist für ein kleines, aber wirtschaftlich starkes Land wie die Schweiz sehr wichtig. Die Abkommen sichern Aufträge, Arbeitsplätze und Einkommen.

Die Wirtschaftsverbände empfehlen ein NEIN!

Es wäre ein klassisches «Eigengoal» in Corona-Zeiten auch noch den bewährten Marktzugang zu 27 EU-Volkswirtschaften in Frage zu stellen. Ein verantwortungsbewusstes NEIN zur Begrenzungsinitiative ist deshalb die einhellige Empfehlung der Schweizer Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände.